

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann
Karl
Schiffelberg
Dresden - U. 1, Kottbuscher 26/28

Verlagspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 1.20 Mk. (einschl. d. 10 Wk. für Kapitalisten), bei vierteljährlicher Bestellung 0.80 Mk. (einschl. d. 10 Wk. für Kapitalisten). Bei Einzelbestellungen 0.15 Mk. für den Abnehmer. Die Druckkosten sind für den Abnehmer zu zahlen. Die Druckkosten sind für den Abnehmer zu zahlen. Die Druckkosten sind für den Abnehmer zu zahlen.

Druck: v. Metzger & Neumann
Verlag, Postfach 110, 1000 Berlin
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verlag, Nachdr.) zulässig. Unerlaubte
Schiedsgerichte werden nicht anerkannt

Zuspikung des englisch-irischen Konflikts

Balera appelliert ans amerikanische Volk

London, 24. März. Die Antwortnote der britischen Regierung an den irischen Freistaat ist gestern abend abgefaßt worden. Die Note vertritt die Ansicht, daß der Freistaat ohne jeglichen Zweifel ein integraler Bestandteil des Reiches von 1921 ist. Die Antwortnote stellt weiter mit Nachdruck fest, daß der irische Freistaat durch Weseh und Ehre ausdrücklich verpflichtet ist, weiter die vollen Verbindlichkeiten zu leisten. — Die Veröffentlichung der Antwortnote wird erst erfolgen, wenn eine weitere Mitteilung der irischen Regierung eingegangen ist.

verlautet, daß die unerhörte Schärfe der englischen Note einen starken Eindruck auf die irischen Kabinettsmitglieder gemacht habe. Diese seien jedoch noch wie vor fest entschlossen, die Abschaffung des Treueides und die Einstellung der Entschädigungszahlungen zur Durchführung zu bringen. Die irische Regierung hat bereits Weisung zur Vorbereitung der entsprechenden Belegvordränge gegeben.

In einer Botschaft an das amerikanische Volk vertritt der Balera seinen unerschütterlichen Willen zur Abschaffung des Treueides, der eine unerträgliche Last für das irische Volk sei.

In den Vertragsbeziehungen zwischen zwei Staaten gebe es heutzutage keinen ähnlichen Fall, daß die eine der Vertragsparteien der anderen eine Beweispflicht auferlege. Solange der Freistaat bestünde, könne das irische Parlament nicht als Vertretung des ganzen Volkes angesehen werden. Er sei das Haupthindernis für das Zustandekommen guter Beziehungen zwischen England und Irland.

Am Donnerstag werden in sämtlichen irischen Städten republikanische Massenkundgebungen stattfinden, in denen zur Frage der Abschaffung des Treueides und der Einstellung der Zahlungen an England Stellung genommen werden soll.

Der Weg nach Lausanne

Man kann der Linken und leider auch den Regierungsfreien den Vorwurf nicht ersparen, daß sie seit vielen Wochen über der innenpolitischen Agitation vollkommen die Außenpolitik vergessen haben. Und es ist ein Verdienst der nationalen Bewegung, daß sie es war, die in den Wahlkämpfen der letzten Zeit immer wieder dem Volke mahnend zugerufen hat: Nicht innenpolitische Fragen, sondern in erster Linie die erfolgreiche Lösung der außenpolitischen Probleme wird für das Wohl oder Wehe jedes einzelnen Deutschen schicksalsbestimmend sein. Leider hat unsere Außenpolitik in der letzten Zeit Anlaß zu den tiefsten Besorgnissen gegeben. Die Genfer Abrüstungskonferenz, auf der Deutschland entweder seine Wehrhoheit oder die Abrüstung der anderen Staaten erkämpfen mußte, ist ohne deutschen Widerstand auf das tote Gleis der französischen Sicherheitsstufen geschoben worden. Der Zwergstaat Litauen leistet sich einen Bruch des Völkerrechts nach dem anderen. Das brutalierte Deutschland beschränkt sich auf wirkungslose Protestnoten bei den Signalarmen, obwohl allein unsere wirtschaftlichen Machtmittel stark genug sind, Litauen in kurzer Zeit auf die Knie zu zwingen. Statt dessen verzehren wir geduldig die litauischen Landesprodukte, während die litauischen Industriekaufleute nach Frankreich gehen, das man sich in Romvo bei guter Laune zu erhalten versteht. Unterdessen bereitet man im Reichsgebiet Landtagswahlen vor, bei denen das Deutschtum durch das Verbot seiner politischen Parteien völlig entrechtet werden soll.

Da der Reichskanzler zugleich das Außenministerium verwalte, trifft ihn die volle Verantwortung für unsere vollkommen ziellos gewordene Außenpolitik. Der Reichskanzler legt zwar ein lebhaftes Interesse für die Innen- und Wirtschaftspolitik an. Wir hören sogar mit Staunen, daß er unmittelbar nach Beendigung des Oberbürgermeisters täglich in Volksversammlungen zu sprechen gedenkt. Aber wir wundern uns dann allerdings nicht mehr, daß bei solchem Uebermaß an Arbeit die Außenpolitik zurücktritt. Um so größer muß leider unsere Sorge sein, wenn wir zu den alten Gefahren neue an unserem außenpolitischen Horizont aufsteigen sehen.

Während wir von Wahlkämpfen durchschüttelt werden, während Severing Pollackaktionen ansieht und es sich gefallen muß, von Groener lauti gemacht zu werden, weil schließlich auch außenpolitische Dinge bei einem solchen Vorgehen peinlich berührt werden können, bereiten unsere Gegner mit sachlicher Ruhe und sehr bewusster Zielsetzung die neue Tribunkonferenz in Lausanne vor. Man hört keine Fanfaren mehr aus Paris. Die Stille, die am Quai d'Orsay herrscht, hat etwas Unheimliches an sich. Aber man bekommt es täglich aus Neuberungen und Tatfachen zu fühlen, daß man dort im stillen emsig am Werk ist, bereits legt die notwendigen Vorkerbungen zu treffen, um Deutschland erneut einzukreisen und es gefügig zu machen.

In Paris rechnet man mit jenen sogenannten Verständigungspolitikern, die unter dem Druck der finanziellen Schwierigkeiten schließlich zur Nachgiebigkeit veranlaßt werden. Auch legt wieder höchst Paris in dieser Hinsicht gewisse Hoffnungen. Schon die Auslegung des Reins des Reichskanzlers durch den Vizekanzler Dr. Dietrich war eine höchst unglückliche. Dietrich erklärte bereits vier Tage nach dem Kanzler wörtlich: „Brüning hat von Nicht-zahlen-Wollen überhaupt nicht gesprochen. Falls das Ausland in der Zollfrage entgegenkommt, ist auch für die deutsche Zahlungsfähigkeit eine neue Lage geschaffen.“ Das klingt wie eine grundsätzliche Anerkennung der Zahlungspflicht. Wir nehmen allerdings zugunsten des Reichsfinanzministers an, daß er in erster Linie unsere Zahlungsfähigkeit hinsichtlich der Privatschulden im Auge hat. Tatsächlich ist ja heute die Lage so, daß Deutschland bei Aufrechterhaltung der gegnerischen Zollpolitik in Kürze nicht mehr die Devisen für die Rins- und Rückzahlungen der Privatschulden aufbringen kann. Von der Möglichkeit, Tribute zu zahlen, kann also auch bei einem Entgegenkommen in der Zollfrage gar keine Rede sein.

Nun hört man mit peinigender Ueberraschung, daß der deutsche Universitätsprofessor Dr. Josef Schumpeter von der Universität Bonn sich in England zu Neuberungen hergegeben hat, die nichts weniger als die Anerkennung einer deutschen Zahlungspflicht sind und die für die deutsche Widerstandspolitik den Dolchstoß bedeuten. Diese Neuberungen, die in der gesamten englischen Presse in großer Aufmerksamkeit erschienen sind, haben ihren Ausgangspunkt

Frankreich pocht auf die „Heiligkeit der Verträge“

Haushaltsdebatte im Senat

Paris, 24. März. Der Senat nahm heute nachmittag die Beratung des Budgetvoranschlags für 1932 in Angriff. Der Generalberichterstatter Senator Gardes betonte die Notwendigkeit einer rigorosen Ausgabenbeschränkung und forderte die Regierung auf, angesichts der Deflationbewegung in der Welt unbedingt die Verteilungspreise zu senken, damit Frankreich konkurrenzfähig bleibe. — In der allgemeinen Aussprache erklärte Senator Beranger, vor allem müsse man gegen den Nationalismus auf zollpolitischem Gebiet ankämpfen. Beranger forderte besondere Beachtung für

„Wir können auch nicht vergessen“, fuhr Flaudin fort, „daß Frankreich die Ausgaben für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete hat vorziehen müssen. Alle Welt erkennt an, daß sogar eine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden die Wirtschaftskrise nicht lösen würde. Allgemeiner Lösungen sind notwendig, und man wird zu einer Politik des Wiederaufbaues gelangen müssen. Zunächst muß man den langfristigen Kredit wieder herstellen und zu diesem Zweck erreichen, daß die eingegangenen Verpflichtungen reperfiziert werden.“

Frankreich steht nicht in der Welt als unerbittlicher Gläubiger dar, sondern als konstruktiven Initiativen kommen von ihm.

Finanzminister Flaudin gab an, daß die budgetäre Lage ernst zu nehmen sei, und er schloß deshalb mit einem Appell an den Zusammenschluß aller republikanischen Kräfte des Landes.

Mitteleuropa-Konferenz in Genf?

Berlin, 24. März. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, es sei gelungen, eine Einigung über den weiteren Verlauf der Mitteleuropaberatungen zu erzielen. Wahrscheinlich würden zwischen dem 10. und 17. April in Genf die Delegierten der Großmächte zu einer Konferenz zusammenzutreffen. Diese Konferenz hätte die Aufgabe, die prinzipiellen Bedenken der verschiedenen Staaten zu beseitigen und eine Art von Programm für die Beratungen der kleineren Staaten festzusetzen. Sehr wahrscheinlich sei, daß man auf eine Gesamtlösung des Mitteleuropaproblems im gegenwärtigen Augenblick verzichten werde. Notwendig erscheine vor allem die Durchführung eines Sofortprogramms für die notleidenden Staaten Desterreich und Ungarn. Der Termin Mitte April sei gewählt worden, weil Reichskanzler Dr. Brüning nach dem Osterferien bis zum 10. April unablösbar sei. Ein späterer Termin wäre aber wegen der Präsidentschaftswahlen nicht günstig. — An den Berliner amtlichen Stellen erlahren diese Mitteilungen des Wiener Blattes jedoch keine Bestätigung.

die durch das Hoovermoratorium geschaffene Lage.

Etwa zwei Milliarden würden auf diesem Wege dem französischen Budget entzogen. Vom Ausgang der Lausanner Konferenz werde teilweise das Gleichgewicht der künftigen Budgets abhängen, da die Zahlungen Deutschlands für sie eine Einnahmequelle darstellen. Die Regierung müsse deshalb erklären, welche Haltung sie in Lausanne einnehmen wolle.

Das Hoovermoratorium habe begonnen, den Beariff von der Heiligkeit der Verträge zu zerbrechen, und die Revisionspolitik gewisser Staaten trage nicht dazu bei, das internationale Vertrauen wieder zu beleben.

Hauptfrage bleibe deshalb, für die Respektierung der eingegangenen Verpflichtungen zu sorgen. (Ministerpräsident Tardieu: Sehr gut!) — Darauf sprach

Finanzminister Flaudin.

Er betonte, daß Frankreich Wert darauf lege, auf die Tagesordnung der Lausanner Konferenz die Lösung der Welt beunruhigenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu setzen. Zur Reparationspolitik Frankreichs sei zu sagen,

daß Frankreich sich an die Schlussfolgerungen der Vöseler Sachverständigen halte, die erklärt hätten, daß ein Verzicht auf die Reparationen nur bedeuten würde, die Last auf andere Schultern zu legen.

Japans Pläne in der Mandchurei

China ruft erneut den Völkerbund an

Genf, 24. März. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß China die Absicht hat, die mandchurische Frage erneut vor dem Völkerbund aufzurufen. Der Vertreter Chinas, Völkerverbinder Yen, der während der Osterpause von Genf aus in ständiger Verbindung mit seiner Regierung bleibt, hat in einem lauten veröffentlichten Schreiben an die Mitglieder der Völkerbundversammlung feierlich gegen die angeblichen Umtriebe Japans in der Mandchurei protestiert. Völkerverbinder Yen behauptet,

daß die Japaner auf die verschiedenste Weise der Marionettenregierung in der Mandchurei Vorschub leisten und sie durch Ernennung von japanischen Sachverständigen unterliegen.

Die Japaner bestünden darauf, daß alle Erneuerungen bestehender Verträge und alle Tarifänderungen der Genehmigung der neuen Regierung unterliegen, während falls mit der Beschlagnahme der gesamten Zoll-Einnahmen gedroht werde. Japan verfolge das Ziel einer Kolonisation der drei östlichen Provinzen mit Japan, um auf diese Weise die Mandchurei vollständig von China zu trennen und Japan einzugliedern. Gleichzeitig veröffentlicht die chinesische Delegation einen Protest der gegenwärtig in Hankow residierenden Leiter der drei östlichen Provinzen, der den Völkerbund auffordert, der „Marionettenregierung“ in der Mandchurei die Anerkennung zu verweigern und Chinas Rechte in diesen Gebieten wieder herzustellen.

Ergebnislose Konferenzen in Schanghai

Schanghai, 24. März. Trotz der Spannung zwischen den japanischen und chinesischen Vertretern gelang es den ausländischen diplomatischen Vertretern am Donnerstag zwei Vermittlungskonferenzen zustande zu bringen. Die Besprechungen fanden im englischen Konsulat unter dem Vorsitz des englischen Gesandten Sir Miles Sampson und in Anwesenheit des amerikanischen Gesandten sowie französischer und italienischer Konsulatsbeamten statt. Auf japanischer Seite war u. a. der japanische Gesandte Shiga miyu und General Ueda vertreten, während von der chinesischen Regierung der chinesische Außenminister und der Oberbefehlshaber der 10. Division General Sunagsihang als Bevollmächtigte entsandt waren. Die Konferenzen dauerten mehrere Stunden. Eine endgültige Einigung wurde noch nicht erzielt.

Heute:
Literarische Umschau, Seite 13 und 14
Der D.N.-Krafftfahrer, Seite 15 und 16